Juneary Je. 2

Preußische Gesetzsammlung

1937

Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1937

27r. 7

Tag	Inhalt:	Seite
30. 3. 37.	Gefet zur Anderung und Erganzung bes Schutpolizeibeamtengesetes vom 16. August 1922 .	
	orthe date the state of the sta	33
30. 3. 37.	Verordnung über die Erweiterung des staatlichen Polizeibezirkes Oppeln	00
01 0 07	or policelbegittes eppein	36
31. 3. 31.	Beroronung uber die Errichtung einer staatlichen Rollieinermoltung in der Stadt mung in	0=
21 9 97	Report with Sing Sing Sing Sing Sing Sing Sing Sing	37
01, 0, 01,	Berordnung über die Errichtung einer staatlichen Polizeiverwaltung in der Stadt Frankfurt (Oder)	38
25. 3. 37.	Bekanntmachung über die Anderung der Sahung der Preußischen Landesrentenbank	90
20. "	Treugichen Landesrentenbank	39
Belunnin	rachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	
	to a standard trail of the standard that standard the standard the standard trails of the s	40
-11-74-75-11-11-11-1	FIG. DITHINGUISH AND	

(Rr. 14371.) Geset zur Anderung und Ergänzung des Schutpolizeibeamtengesetes vom 16. August 1922 (Gesetssamml. S. 251). Vom 30. März 1937.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

urtifel I. and and and

Das Schuhpolizeibeamtengeset vom 16. August 1922 (Gesetsamml. S. 251) in der Fassung des Gesches vom 12. Juli 1923 (Gesetssamml. S. 305), der Verordnung vom 8. Februar 1924 (Gesetssamml. S. 73), des Gesetss vom 30. Mai 1925 (Gesetssamml. S. 57), der Verordnung vom 26. September 1925 (Gesetssamml. S. 133), der Gesetse vom 31. Dezember 1925 (Gesetssamml. S. 177), der Versordnungen vom 9. April, 7. Juli, 6. August 1926 (Gesetssamml. S. 131, 191, 247), der Versordnungen vom 6. August, 24. September 1926 (Gesetssamml. S. 248, 261), der Gesets vom 13. Januar, 21. April, 21. Juni, 31. Juli 1927 (Gesetssamml. S. 9, 46, 123, 151), des Erlasses vom 12. Juli 1928 (MBliv. S. 844), der Verordnung vom 12. September 1931 (Gesetssamml. S. 179), des Gesetsses vom 11. Januar 1932 (Gesetssamml. S. 9), der Verordnung vom 18. März 1933 (Gesetssamml. S. 51) und des Gesetss vom 2. März 1934 (Gesetssamml. S. 122) wird, wie folgt, geändert:

- 1. a) Im § 11 Abs. 1 ist der Unterabsatz h zu streichen.
- nechiling b) § 11 Abf. 2 wird, wie folgt, gefaßt: udneaus de renie ied idur (88 g) effin
- (2) Der Antrag auf Kündigung kann von jedem zur Verhängung von Ordnungsstrafen befugten Dienstvorgesetzten gestellt werden. In dem Antrage sind die Tatsachen anzugeben, wegen deren gekündigt werden soll. Eine Abschrift des Antrags ist gleichszeitig dem Betroffenen zuzustellen. Für die Zustellung gelten die Vorschriften der §§ 97 und 98.
 - c) Dem § 11 wird folgender Abs. 3 angefügt:
 - (3) Solange gegen einen Schutpolizeibeamten ein Kündigungsversahren nach Abs. 1 schwebt, kann ihm von den nach § 17 zu seiner Kündigung zuständigen Vorgesetzten das Tragen von Dienstkleidung, der Aufenthalt in Polizeiunterkünften und die Führung dienstlicher Ausweise und Abzeichen verboten werden. Bei Gesahr im Verzug kann jeder zur Verhängung von Ordnungsstrasen befugte Dienstvorgesetzte ein solches Verbot erlassen; er hat aber unverzüglich dem nach § 17 zur Kündigung des Schutpolizeis beamten zuständigen Vorgesetzten hierüber zu berichten.
 - 2. § 17 wird, wie folgt, gefaßt:

(2) Bit der nach porsiebende-R13 andlende Gesamth

(1) Für die Zuständigkeit zur Kündigung und Entlassung nach den §§ 8 bis 12 gelten § 7 des Reichsstatthaltergesehres vom 30. Januar 1935 (Reichsgesethl. I S. 65)

und die Erlasse des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung und Entlassung der Reichsbeamten und der Landesbeamten vom 1. Februar 1935 (Reichsgesetztl. I S. 73 und 74) mit den dazu ergangenen Bestimmungen.

- (2) In der Kündigungsverfügung müssen die Tatsachen und Werturteile angeseben sein, mit denen die Kündigung begründet wird.
- 3. § 28 Abs. 2 ift zu streichen. Er wird ersetzt durch:

3d. 2, 37. Gefet gur Anderung und Ergangen .. 8 28 g

- (1) Die im § 32 Abs. 1 bezeichneten Polizeioffiziere können mit Zustimmung des Ministers des Innern zwischen der Versorgung nach diesem Gesetz und derzenigen nach dem Reichsversorgungsgesetze wählen. Die Zahlung beginnt frühestens mit dem Monat, in dem der Minister des Innern der Wahl zugestimmt hat.
- (2) Neben dem Ruhegehalte werden bei einer durch Dienstbeschädigung veranlaßten Minderung der Erwerbssähigkeit um mindestens 50 vom Hundert die Schwerbeschädigtenzulage, die Pflegezulage, Körperersatsstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel nach Maßgabe des Reichsversorgungsgesetzes gewährt, wenn die Folgen der Dienstbeschädigung in einer Verstümmelung bestehen oder zur Entlassung aus dem Polizeidienste geführt haben.
- 4. Jm § 30 Abs. 2 sind die Worte "§ 28 Abs. 2" nebst dem folgenden Komma zu streichen.
- 5. § 60 Abs. 1 wird, wie folgt, gefaßt:
- (1) Schutpolizeibeamten, die nach mindestens zwölfjähriger Gesamtdienstzeit oder auf Grund von Polizeidienstunfähigkeit nach mindestens vierjähriger Gesamtdienstzeit ausscheiden und innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausscheiden einen Umzug aussführen, wird auf Antrag eine einmalige Umzugsentschädigung (§ 27 Nr. 12) nach den für Versetze des gleichen Dienstgrads geltenden Bestimmungen gewährt. Die Gewährung von Zuschüssen zu den einmaligen Umzugsentschädigungen nach § 7 des Umzugskostengesetzes ist in allen Fällen ausgeschlossen.
- 6. § 66 wird, wie folgt, gefaßt: 1 mill & mod & gefaß dans (18 . Immajessell)

§ 66.

- (1) Das Recht auf den Bezug des Ruhegehalts (§ 32) oder der Übergangsgebührnisse (§ 38) ruht bei einer Verwendung des Versorgungsberechtigten im öffentlichen Dienste nach Maßgabe der für die sonstigen staatlichen Versorgungsberechtigten jeweils geltenden Vorschriften.
- (2) Das Recht auf den Bezug der Zulage zu den Übergangsgebührnissen (§ 39) ruht in den Fällen, in denen das Recht auf den Bezug der Übergangsgebührnisse nach Abs. 1 ganz oder teilweise zu ruhen hat.
- 7. § 67 wird, wie folgt, gefaßt:

(s) Colange gegen einen C. 761 & ligeibeamten ein Kündigungsverfahren nach 216f. 1

- (1) Hat ein Ruhegehaltsempfänger aus einer neuen Verwendung im öffentlichen Dienste ein Wartegeld, ein Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Versorgung erdient, so ist daneben das Ruhegehalt nach § 32 dieses Gesetzes nur bis zur Erreichung des Betrags zu zahlen, der sich nach dem Reichsbeamtengesetz unter Zugrundelegung der Gesamtdienstzeit aus dem früheren ruhegehaltfähigen Polizeidiensteinkommen ergibt. Unter Gesamtdienstzeit ist die Polizeis und sonstige Dienstzeit im öffentlichen Dienste zu verstehen.
- (2) Fst der nach vorstehendem zu zahlende Gesamtbetrag geringer als das Polizeis ruhegehalt (§ 41), so ist neben dem Wartegelde, dem Ruhegehalt oder der ruhegehalts ähnlichen Versorgung von dem Polizeiruhegehalte so viel zu zahlen, daß der Betrag des Polizeiruhegehalts erreicht wird.

- (3) Der an den Ruhegehaltberechtigten nicht zu zahlende Betrag wird der ver= abschiedenden Behörde erstattet, wenn bei Bemeffung des Wartegeldes oder des Rube= gehalts die Polizeidienstzeit nach dem Reichsbeamtengesetz oder doch mindestens so weit angerechnet worden ift, als die sonstige Dienstzeit nach den Vorschriften des Landesrechts angerechnet wird.
 - (4) Sat ein Schuppolizeibeamter, dem Übergangsgebührnisse (§ 38) zustehen, aus einer neuen Verwendung im öffentlichen Dienste ein Wartegeld, ein Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Berforgung erdient, so ift daneben von den übergangsgebühr= nissen so viel zu zahlen, daß der Betrag der Übergangsgebührnisse erreicht wird.
 - (5) Das Recht auf den Bezug der Zulage zu den übergangsgebührnissen (§ 39) ruht neben dem Bezug eines Wartegeldes oder eines Ruhegehalts aus einer neuen Berwendung im öffentlichen Dienste.
 - (6) Im übrigen gilt § 66 Abf. 1 entsprechend.
 - 8. § 68 wird gestrichen.
 - 9. § 73 wird gestrichen.
 - 10. a) Im § 81 find nach dem Abs. 1 folgende Abs. 2 und 3 einzufügen:
 - (2) Als Bevollmächtigte und Beiftande burfen nur zugelaffen werden: Bertreter der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung und des Kameradschaftsbundes deutscher Polizeibeamten im Reichsbund der deutschen Beamten, Rechtsanwälte, Berwaltungs= rechtsräte sowie geschäftsfähige Angehörige und zwar der Chegatte des Antragstellers sowie Personen, die mit ihm in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie im zweiten oder britten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert find. Der Minister des Innern kann andere Personen als Bevollmächtigte zulaffen, wenn ein dringendes Bedürfnis besteht.
 - (3) Versonen, die nach Abs. 2 nicht als Bevollmächtigte oder Beistände zugelassen werden dürfen, sind zurudzuweisen. Mit der Zurudweisung erlischt die Vertretungsmacht. Die Zurückweisung ist dem Auftraggeber unter Hinweis auf die Vorschrift des Abs. 2 mitzuteilen. Fällt die Zuruckweisung in den Lauf einer Frist und wird diese Frist versäumt, so kann die versäumte Handlung innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Zurüdweisung nachgeholt werden.
- b) Die bisherigen Abs. 2 und 3 werden Abs. 4 und 5.
 - 11. Im § 86 Abf. 1 wird der zweite Sat geftrichen.
 - 12. Jm § 87 Abs. 2 ist im letzten Satze anstatt "drei" zu setzen "sechs".
- 13. § 88 wird, wie folgt, gefaßt:

- begirt hinaus auf die Gemeinden Bogteb. 88 Esinau, Bolto, Grofchowit, Ebrenfeld mit Ansiedlung (1) Gegen die Bescheide der Feststellungsbehörden (§ 79), in denen über Unsprüche aus diesem Geset oder über die Rudforderung zu Unrecht erhobener Bersorgungsgebühr= niffe entschieden wird, sowie gegen die Bescheide der Regelungsbehörden (§ 83) ift die Berufung zuläffig.
 - (2) über die Berufung entscheiden die Berforgungsgerichte endgültig, wenn es fich um die Erteilung der Zeugniffe nach § 37, um die Sohe der festgestellten Berforgungs= gebührnisse nach §§ 38, 39, 58, 59, 60, 70, 76, 78 und um die Regelung der Uber= gangsgebührniffe nach § 66 a handelt. Im übrigen entscheidet über die Berufung das Reichsversorgungsgericht.

14. § 100 wird, wie folgt, gefaßt:

§ 100.

Gebühren= und stempelfrei sind alle gerichtlichen und außergerichtlichen Berhandlungen, Urkunden, Bollmachten und amtlichen Bescheinigungen sowie Eintragungen in das Grundbuch, die jur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich werden.

ged re 15. § 101 wird, wie folgt, gefaßt: methoderednadenedulk med in 1998 (e) was sustallung

29d puniffemelt 19d § 101, motte erftatte 101, bei Bemeffund bes

tion of American Für das Verfahren nach §§ 28, 28 a, 29, 31, 74 Abs. 3 (soweit eine Versorgung Anderson nach dem Reichsversorgungsgesetze gewährt wird), § 75 gelten lediglich die Vorschriften über das Verfahren in Versorgungssachen nach dem Reichsversorgungsgesete.

(4) Sat ein Schutpolizeiben urtifel II. Priifergangsgebilpreisse (8, 38) susteben, aus

Es treten in Kraft:

- a) Artifel I Nr. 6, 7, 8 mit Wirfung vom 2. Juli 1933;
- b) Artifel I Nr. 3, 4 mit Wirkung vom 1. Juli 1934;
- c) Artikel I Nr. 10, 13, 15 mit Wirkung vom 1. Dezember 1934;
 - d) Artikel I Rr. 12, 14 mit Wirkung vom 1. Oktober 1935; mallo mi omuduant
 - e) Artikel I Nr. 2 mit Wirkung vom 31. Januar 1935;
 - f) die übrigen Borschriften dieses Gesetzes mit dessen Berkundung.

Berlin, den 30. März 1937.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

der Nationalfogialifield. dir Frasoblerverlang, nir & Bamerahidaftsbundes deutscher

Im Namen des Reichs verkünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 30. März 1937.

nellologus Istratistica goden Der Preußische Ministerpräsident.

werden burfere Kied gemeinen g. en Göring. somehanne die erfried modern

Abf. 2 mitguteilen. Fällt die Luruchveilung in dem Laufgeiner Frist, und gvied diese

(Rr. 14372.) Berordnung über die Erweiterung des ftaatlichen Polizeibezirtes Oppeln. Bom 30. März 1937.

Auf Grund des § 6 des Breußischen Bolizeiverwaltungsgesehes vom 1. Juni 1931 (Geset= famml. S. 77, 136) ordne ich hiermit an, daß mit Wirkung vom 1. April 1937 ab die örtliche Buftändigkeit der staatlichen Polizeiverwaltung in Oppeln über den bisherigen staatlichen Polizeibezirk hinaus auf die Gemeinden Bogtsdorf, Winau, Bolko, Groschowitz, Ehrenfeld mit Ansiedlung Ehrenfeld und Mühlendamm und Frauendorf mit Erlengrund ausgedehnt wird.

old 117 Berlin, den 30. März 1937. god odiochjolk old nopop oldfol drior nodojchino offin

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern.

es onuclich um die Erreilung der Lugnille dir Fri da bie Sone der festgestellten Berforgungs-

Unter Gesonitienstzeit ist die Bolizeis und sonzige Diedingesprangrofredechiede Dienste gu

(Nr. 14373.) Berordnung über die Errichtung einer staatlichen Polizeiverwaltung in der Stadt Münster i. B. Bom 31. März 1937.

Uuf Grund des § 6 des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzemml. S. 77, 136) ordne ich hiermit an, daß mit Wirkung vom 1. April 1937 ab in der Stadt Münster i. W. eine staatliche Polizeiverwaltung errichtet wird, deren sachliche Zuständigkeit, sich aus der als Anlage hierzu folgenden Zuständigkeitsabgrenzung ergibt.

Berlin, den 31. März 1937.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern. Frick.

Unlage.

Buftandigfeitsabgrenzung zwifchen staatlicher und Gemeindepolizei in der Stadt Münfter i. B.

- (1) Die Gemeindepolizeiverwaltung ist zuständig für die Ausübung:
- 1. der Baupolizei;
- 2. der Feld- und Forstpolizei;
 - 3. des Naturschutzes;
 - 4. der Feuerpolizei, soweit sie zum Bereich der Baupolizei gehört, und der Feuerlöschpolizei;
 - 5. der Gewerbepolizei

mit Ausnahme der Aufgaben, die den Ortspolizeibehörden übertragen sind durch § 15 Abs. 2, § 33 a bis d, §§ 34, 34 a, § 35 ohne Abs. 4 und 5, §§ 35 b, 36, 37, 38, § 41 a und b, § 42 a und b, §§ 43, 44 letter Absat, §§ 44 a, 45 bis 47, 49, 53, 55 bis 63, § 67 Abs. 2, §§ 75, 76, 78 und 151 der Reichsgewerbeordnung, durch den Artifel II des Notgesetes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesethl. I S. 147), durch den § 25 der Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934 (Reichsgesethl. I S. 803), durch das Gaststättengeset vom 28. April 1930 (Reichsgesethl. I S. 146) und durch das Geset über das Versteigerergewerbe vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesethl. I S. 974) nebst Ausführungsvorschriften.

Bei § 15 Abs. 2, §§ 36, 45 bis 47, 49, 53, 78 und 151 der Reichsgewerbeordnung ist jedoch die Zuständigkeit der staatlichen Polizeiverwaltung nur insoweit gegeben, als die Gewerbe selbst der Aufsicht dieser Berwaltung unterliegen;

- 6. der Marktpolizei;
- 7. der Schlachtwieh- und Fleischbeschau, soweit in der Gemeinde der Schlachthauszwang angeordnet ist;
- 8. der Wegepolizei hinsichtlich der Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung;
 - 9. der Jagdpolizei mit Ausnahme der Bestimmungen über die Erteilung, Versagung und Entziehung der Jagdscheine §§ 22 bis 27 Reichsjagdgeset;
 - 10. der Wohnungspolizei;
 - 11. der Obdachlosenpolizei;
 - 12. der Schulpolizei;
- 13. der Befugnisse, die den Ortspolizeibehörden übertragen worden sind, durch die Kulturgesetz, insbesondere durch das Kulturkammergesetz vom 22. September 1933 (Reichsgesetzten gesetzt. I S. 661), und das Gesetz über die Vermittlung von Musikaufführungsrechten vom 4. Juli 1933 (Reichsgesetzt. I S. 452) nebst den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen und
- 14. für diejenigen Aufgaben, die ihr noch durch den Minister des Innern im Benehmen mit dem sachlich zuständigen Minister zugewiesen werden.

Bis zu der demnächst zu erwartenden anderweiten Regelung werden der Gemeindepolizeis verwaltung einstweilen noch zugewiesen die gesundheits=, veterinär=, wasser= und fischereipolizei= lichen Aufgaben, war sondlagenand geringing geschildner ge est die Z sod durch full ge

- (2) Für alle übrigen polizeilichen Aufgaben ist die staatliche Polizeiverwaltung zuständig, sofern nicht Sonderpolizeibehörden bestimmt sind.
 - (3) Der Regierungspräfident in Münfter i. B. wird ermächtigt, in Zweifelsfällen die Zuständigkeit der staatlichen und Gemeindepolizeiverwaltung auf der Grundlage dieser Bestimmungen selbständig abzugrenzen. Über jede solche Entscheidung ist dem Minister des Innern zu berichten.

(Ar. 14374.) Berordnung über die Errichtung einer staatlichen Polizeiberwaltung in der Stadt Frankfurt (Ober). Bom 31. März 1937.

Auf Grund des § 6 des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetsfamml. S. 77, 136) ordne ich hiermit an, daß mit Wirkung vom 1. April 1937 ab in der Stadt Frankfurt (Oder) eine staatliche Polizeiverwaltung errichtet wird, deren sachliche Zuständigkeit sich aus der als Anlage hierzu folgenden Zuständigkeitsabgrenzung ergibt.

Berlin, den 31. März 1937. Odiogilogolis Canod sid modopiule and sundangule tim

.88 . The state Der Reichs- und Preußische Minister des Innern. 55 bis 63. 67 Auft. 2, 25. 7 Auft. 3 ir F. mai 151 der Neichsgewerbenrung, durch den Artikel II des Notgesehes dom . dir F. mar 1923 (Reichsgesehbl. I S. 147), durch den § 25 der Arbeitszeitordnung dom 26. Juli 1934 (Reichsgesehbl. I S. 803),

Unlage.

Buftandigkeitsabgrenzung zwischen ftaatlicher und Gemeindepolizei in der Stadt Frankfurt (Oder).

(1) Die Gemeindepolizeiverwaltung ist zuständig für die Ausübung: 1. der Baupolizei; has prendlichen Romannanness reseit ichnique roch istelle

burch § 15 216f. 2, § 33 a bis d, §§ 34, 34 a, § 35 obuc Abb A unib 5, §§ 35 bi 36, 37,

- 2. der Feld= und Forstpolizei; minigagi undbieddiele dun-deiendolds
- 3. des Naturschutes:
- 4. der Feuerpolizei, soweit fie zum Bereich der Baupolizei gehört, und der Feuerlöschpolizei;
- 5. der Gewerbepolizei

mit Ausnahme der Aufgaben, die den Ortspolizeibehörden übertragen sind

burch § 15 Abf. 2, § 33 a bis d, §§ 34, 34 a, § 35 ohne Abf. 4 und 5, §§ 35 b, 36, 37, 38, § 41 a und b, § 42 a und b, §§ 43, 44 letter Absat, §§ 44 a, 45 bis 47, 49, 53, 55 bis 63, § 67 Abs. 2, §§ 75, 76, 78 und 151 der Reichsgewerbeordnung, durch den Artikel II des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 147), durch den § 25 der Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934 (Reichsgesethl. I S. 803), durch das Gaststättengeset vom 28. April 1930 (Reichsgesethl. I S. 146) und

durch das Gesetz über das Versteigerergewerbe vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 974) nebst Ausführungsvorschriften.

Bei § 15 Abs. 2, §§ 36, 45 bis 47, 49, 53, 78 und 151 der Reichsgewerbeordnung ist jedoch die Zuständigkeit der staatlichen Polizeiverwaltung nur insoweit gegeben, als die Gewerbe selbst der Aufsicht dieser Verwaltung unterliegen;

- 6. der Marktpolizei:
- 7. der Schlachtvieh= und Fleischbeschau, soweit in der Gemeinde der Schlachthauszwang angeordnet ist:
- 8. der Wegepolizei hinsichtlich der Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung;
- 9. der Jagdpolizei mit Ausnahme der Beftimmungen über die Erteilung, Berfagung und Entziehung der Fagdscheine — §§ 22 bis 27 Reichsjagdgeset;
- 10. der Wohnungspolizei;
- 11. der Obdachlosenpolizei;
- 12. der Schulpolizei;
- 13. der Befugniffe, die den Ortspolizeibehörden übertragen worden find, durch die Rultur= gesetze, insbesondere durch das Kulturkammergesetz vom 22. September 1933 (Reichs= gesethl. I S. 661), und das Geset über die Bermittlung von Musikaufführungsrechten vom 4. Juli 1933 (Reichsgesethl. I S. 452) nebst den dazu ergangenen Ausführungs= bestimmungen und
- 14. für diejenigen Aufgaben, die ihr noch durch den Minister des Innern im Benehmen mit dem sachlich zuständigen Minister zugewiesen werden.

Bis zu der demnächst zu erwartenden anderweiten Regelung werden der Gemeindepolizei= verwaltung einstweilen noch zugewiesen die gesundheits=, veterinär=, wasser= und fischereipolizei= lichen Aufgaben.

- (2) Für alle übrigen polizeilichen Aufgaben ift die staatliche Polizeiverwaltung zuständig. sofern nicht Sonderpolizeibehörden bestimmt find.
- (3) Der Regierungspräfident in Frankfurt (Oder) wird ermächtigt, in Zweifelsfällen die Buftändigkeit ber ftaatlichen und Gemeindepolizeiverwaltung auf der Grundlage diefer Bestimmungen selbständig abzugrenzen. Über jede folche Entscheidung ist dem Minister des Innern zu berichten.

(Rr. 14375.) Befanntmachung über die Anderung der Sagung der Breugischen Landesrentenbant. Bom 25. März 1937.

Auf Grund des § 8 Abs. 1 des Preußischen Landesrentenbankgesetzt vom 29. Dezember 1927 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1931 (Gesetsfammt. S. 154) wird die in der Anstaltsversammlung der Preußischen Landesrentenbank vom 4. März 1937 beschlossene und von uns genehmigte Anderung der Satzung hiermit bekanntgegeben.

§ 7 Abs. 3 der Satung erhält folgenden Zusat:

In Ausnahmefällen kann der Borftand Angestellte in leitender Stellung als mittelbare Staatsbeamte anstellen; ihre Dienst- und Berforgungsbezüge sind in Anlehnung an die jeweiligen Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten zu regeln. Die Un= stellung bedarf der Bestätigung durch die zuständigen Minister.

eingelne Bannnern und Jahrgänge (auch älieri) fönne<u>n unwillelber ben Bla</u>rlag und hurch den Buchönerl bezogen werden Preid für den achrieitigen Bogen eder den Flogenieil 20 Apf., del gedieren Bestellungen Io die 20 n. D. Lielstennähluung

Berlin, den 25. März 1937.

Der Preußische Finanzminister.

Der Reichsz und Preußische Minister für Ernährung und Landwirtschaft.

In Vertretung: In Ver

Befanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

- 1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 27. Februar 1937

 über die Berleihung des Enteignungsrechts an den Landfreis Elbing zum Bau einer Straße von Terranova nach Nogathofffampen in der Gemarkung Terranova durch das Amtsblatt der Regierung in Marienwerder Nr. 11 S. 22, ausgegeben am 13. März 1937;
- 2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 2. März 1937
 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichsstraßenverswaltung) zum Ausbau der Reichsstraße Nr. 6 (Breslau—Schweidnig) zwischen km 13,4
 und 13,6

durch das Amtsbiatt der Regierung in Breslau Rr. 12 S. 70, ausgegeben am 20. März 1937.

mit dem fachlich zustandigen Weinisterszugemiesenerwerden. (rodu) iruft

ervollung eintweiten noch zugetweien die gesundpeits, veterinar, wahrer und sicherervollzeiichenistischen liede Morigen polizeilichen Aufgaden ist die staatliche Polizeicherwaltung zuständig ofern nicht Sonderpolizeibehörden bestimmt sind.

(a) Der Regierungspräsident in Franksurt (Oder) wird ermächtigt in Zweiselsssässen die Juständigkeit der staatlichen und Gemeindepolizeiderwaltung auf der Grundlage dieser Bekummungen selbssändig abzugrenzen. Uber jede solche Entscheinung ist dem Winister des Innern

u berichten.

Befanntmachung über die Anderung der Sebung der Brenfischen Landen Bandesrentenbant. (Ber. 14375.) Befanntmachung über bie Anderung der Sebung der Brenfische Bandesreitenbant.

Auf Grund des z & Abi. 1 des Preuhischen Landesrentenbantgesehes vom 29. Dezember 1927 n der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1931 (Gesehlamml. S. (Tah) wird die in der Unitaltsversammlung der Preuhischen Landesrentenbank vom Arkendischeschlössene und von ins genehmigte Anderung der Sahung hiermit bekanntgegeben.

Ju Ausnahmefällen kann der Borstand Angestellte in leitender Stellung als mittelbare Staatsbeamte austellen; ihre Dienst- und Bersorgungsbezinge sind in Anlehnung an die seweiligen Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten zu bedarf zu ber Bestätigung durch bie auständigen Mittilter. idle 3.1 gerund

bend (181 . 3 I . légaiografiem (1929) 1920 randos Der Reichste und Prénhiège Plinister. Der Prenhische Finanzminister. Inc. 3für Ernährnna und Landnvirtschaft.

Herlags-Aftiengesellschaft Berlin.

Verlag: R.v. Deder's Verlag, G. Schend, Berlin & 9, Linkstraße 35. (Postschecktonto Berlin 9059.)

Den lansenden Bezug der Preußischen Geselssammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,40 KM vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Breis sur den achtsettigen Bogen oder den Bogenteil 20 Kps., dei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. d. Breisermäßigung.